



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01

Drucksache 20-4332

Datum 14.12.2017

### **Beschluss**

**des Hauptausschusses gemäß § 15 Absatz 3 BezVG**

#### **Appell gegen jährliche Fahrpreiserhöhungen unterstützen**

Die Seniorendelegiertenversammlung Altona hat am 29.11.2017 einstimmig beschlossen, die erneute Fahrpreiserhöhung des HVV zum 1. Januar 2018 abzulehnen.

**Die Bezirksversammlung Altona schließt sich dem Appell der Seniorendelegiertenversammlung Altona an, lehnt die erneute Fahrpreiserhöhung des HVV zum 1. Januar 2018 ab und ersucht die Hamburgische Bürgerschaft, diese Fahrpreiserhöhung nicht zu genehmigen.**

**Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, diese Willensbekundung den Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft zu übergeben.**

#### **Anlage:**

Appell gegen jährliche Fahrpreiserhöhungen



## **Antrag an die Seniorendelegiertenversammlung Altona am 29. November 2017**

Die Versammlung möge beschließen :

### **Altonaer Appell gegen jährliche Fahrpreiserhöhungen**

Die Delegierten der Seniorendelegiertenversammlung Altona lehnen die erneute Fahrpreiserhöhung des HVV zum 1. Januar 2018 ab. Wir ersuchen die Hamburger Bürgerschaft diese Fahrpreiserhöhung nicht zu genehmigen.

Der Vorstand der Seniorendelegiertenversammlung wird beauftragt diesen Appell

- An die Fraktionen der Bezirksversammlung Altona
- An die Bürgerschaftsabgeordneten aus Altona

zwecks Unterstützung weiterzuleiten.

**Begründung** : (wird nicht mit beschlossen)

Nach Pressemeldungen ist der Preis für die Seniorenmonatskarte beim HVV in den Jahren 2011-2017 um 24,5 % gestiegen. Keine Renten – und keine Lohnerhöhung hat in diesem Zeitraum eine ähnliche Steigerung aufzuweisen.

In einer gleich großen Stadt wie Wien kostet das Senioren-Monatsticket EUR 17,80 in Hamburg EUR 50,30.

Der HVV hat in den vergangenen Jahren mit den ständig höheren Fahrgastzahlen entsprechend ständig steigende Einnahmen. Jede Fahrpreiserhöhung trifft die Fahrgäste mit niedrigem Einkommen, wie z.B. Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, Menschen in Teilzeit, mit Mini-Job, im Praktikum oder in befristeter Beschäftigung immer stärker als Menschen mit gutem oder sehr gutem Einkommen. Für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt darf Mobilität nicht zu einem Luxusartikel werden. Mobilität bedeutet auch Teilhabe an gesellschaftlichen Leben und Vorbeugung gegen Vereinsamung.

Mehr Kundenzufriedenheit, wie der Ausbau der Haltestellen mit Personenaufzügen und kostenloses WLAN sollte nicht über die Fahrpreise finanziert werden. Der HVV ist der Verkehrsverbund mit dem höchsten Kostendeckungsgrad in der Bundesrepublik.

Nahverkehr ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein Ausgleich für Ausgaben des HVV aus Steuermitteln ist dem Hamburger Landeshaushalt durchaus zuzumuten.